

## **Bundespräsidentin Sommaruga zu den Entscheiden des Bunderats, 29. April 2020**

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Bundesrat hat vor 6 ½ Wochen eine Reihe von Massnahmen getroffen, um eine rasche Ausbreitung des Corona-Virus zu bremsen. Der Bundesrat hat von Anfang an klargemacht, dass er die Gesundheit der Bevölkerung schützen UND die Wirtschaft unterstützen will. Die Massnahmen haben gewirkt. Der Bundesrat hat deshalb bereits verschiedene Lockerungen vornehmen können. Heute hat der Bundesrat weitere Lockerungen beschlossen. Mit den Entscheiden von heute bleibt der Bundesrat seiner Politik in der Corona-Krise treu. Wir gehen in der Schweiz einen Mittelweg. Das war schon zu Beginn der Krise so. Damals haben die einen eine totale Ausgangssperre verlangt. Andere dagegen wollten praktisch nichts machen. Der Bundesrat hat solche Maximalforderungen, vermeintlich einfache Lösungen abgelehnt. Wir haben weder das Land vollständig heruntergefahren noch die Bevölkerung sich selber überlassen. Vielmehr haben wir versucht, den Schutz der Bevölkerung und die Bedürfnisse der Wirtschaft miteinander zu vereinbaren.

Wie zu Beginn der Krise setzen wir jetzt auch bei der Lockerung auf einen Mittelweg. Wir gehen weder leichtsinnig noch übervorsichtig vor, sondern bleiben realistisch. Wir öffnen nicht überstürzt, sondern Schritt für Schritt.

Das Hauptziel der ersten Phase war, die Ausbreitung des Virus einzudämmen – und eine Überlastung der Spitäler zu verhindern.

Das ist dank der Bevölkerung gelungen. Sie hat sich an die Massnahmen gehalten.

Jetzt sind wir in einer neuen Phase: Wir müssen lernen, mit dem Virus zu leben. Auch jetzt gehen wir besonnen vor, öffnen Schritt für Schritt – weil es noch Zeit braucht, bis es eine Impfung und Medikamente gegen das Virus gibt.

Es gehört zu diesem schrittweisen Vorgehen, dass es zu Abgrenzungsfragen kommt. «Wer darf wann wieder öffnen?» Diese Abgrenzungen sind nicht einfach. Sie sind aber unvermeidbar, wenn wir nicht einfach überhastet alle Schutzmassnahmen aufs Mal aufheben wollen oder umgekehrt gar nichts lockern wollen.

Wir haben nämlich viel erreicht. Das wollen wir nicht gefährden. Darum lehnt der Bundesrat eine überstürzte Lockerung ab. Das schrittweise Vorgehen gibt uns zudem die Möglichkeit, die Auswirkungen der Lockerungen zu beobachten und bei Bedarf zu justieren. Das hilft uns, das Virus in Schach zu halten, damit die Ansteckungen nicht wieder unkontrolliert ansteigen.

Mit den Lockerungen vom Montag haben wir einen *ersten Schritt* gemacht. Seither dürfen zum Beispiel Coiffeursalons und Gartencenter wieder öffnen. Heute hat der Bundesrat die Lockerungen für den *zweiten Schritt* vom 11. Mai beschlossen.

Wie bereits vor Ostern angekündigt, können alle Läden und die obligatorischen Schulen wieder öffnen. Weil sich die Ansteckungen verlangsamen, hat der Bundesrat zusätzlich auch für die Kultur, den

Sport und Restaurants Lockerungen beschlossen. Und ab dem 8. Juni folgen in einem *dritten Schritt* weitere Bereiche. Voraussetzung für jeden nächsten Schritt ist allerdings, dass es *keinen Rückschlag* gibt. Daher bleiben die Verhaltensregeln wichtig: Hände waschen und Abstand halten.

Jede Öffnung ist zudem an ein Schutzkonzept geknüpft. Hier sind die einzelnen Branchen gefordert. *Sie* müssen aufzeigen, wie sie Kundschaft und Mitarbeitende vor einer Ansteckung schützen.

Heute wurde der Bundesrat über das Schutzkonzept des öffentlichen Verkehrs informiert. Das Angebot im öV wird parallel zum Öffnungsschritt vom 11. Mai wieder erhöht, da ab dann wieder mit mehr Passagieren zu rechnen ist. Bahn, Postauto, Bus und Tram bereiten sich darauf vor. Morgen gibt es noch ein Gespräch mit der Branche, danach wird sie ihr Angebot und Schutzkonzept erläutern.

Der Bundesrat hat heute zudem über einen weiteren Bereich gesprochen, der – zusammen mit dem Finanzdepartement – mein Departement betrifft: die Schweizer Luftfahrt.

Wegen der Corona-Krise sind derzeit die meisten Flugzeuge am Boden. Vielen Airlines geht das Geld aus. Der Bundesrat hat darum entschieden, die beiden Fluggesellschaften Swiss und Edelweiss mit Garantien zu unterstützen.

Die Luftfahrt gehört zu den kritischen Infrastrukturen der Schweiz. Sie trägt dazu bei, die internationale Anbindung sicherzustellen. Die Schweiz ist darauf angewiesen: Mehr als 1/3 unserer Exporte verlassen per Flugzeug das Land, rund 1/6 der Importe gelangt via Luftfracht zu uns. Daran hängen viele Firmen, Lieferketten und Arbeitsplätze.

Die Hilfe des Bundes für die Swiss und Edelweiss dient dazu, Liquiditätsengpässe zu überbrücken. Der Bund gibt den beiden Gesellschaften aber nicht selber Geld. Er bürgt ausschliesslich für sie, damit sie bei den Banken einfacher Kredit bekommen. Es geht um maximal 1,275 Milliarden Franken.

Der Bundesrat knüpft die Unterstützung an strenge Bedingungen: Das Geld muss in der Schweiz bleiben. Zudem dürfen die beiden Fluggesellschaften z.B. keine Dividenden ausschütten. Und die Unterstützung ist an Standortgarantien geknüpft.

Mit dem Entscheid von heute stützt der Bundesrat eine wichtige Infrastruktur. Was aber auch klar ist: Die Klimaziele des Bundesrats gelten unverändert. Auch die Luftfahrt muss dazu beitragen.

Meine Damen und Herren

Die Krise ist noch nicht vorbei – und wir können darum nicht sofort in unseren gewohnten Alltag zurück. Wir werden noch eine Weile mit dem Virus leben müssen, auch mit den wirtschaftlichen Folgen.

**Einfache Lösungen gibt es dabei nicht. Der Bundesrat sucht deshalb auch weiterhin nach einem Weg, der den Schutz der Gesundheit und die Bedürfnisse der Wirtschaft zusammenbringt.**

La crise n'est pas terminée. Pour l'instant nous ne pouvons pas reprendre notre vie d'avant. Nous allons devoir vivre encore un certain temps avec le virus et avec les conséquences économiques. Il n'y a pas de solution simple : Le Conseil fédéral veut protéger la santé de la population et tenir compte des besoins de l'économie.

La crisi non è ancora finita - non possiamo tornare subito alla normalità. Dovremo convivere ancora per un certo periodo con il virus, e con le sue conseguenze economiche. Non ci sono soluzioni semplici: Il Consiglio federale vuole proteggere la salute della popolazione e tenere conto delle esigenze dell'economia.